



**JUGEND —
POLITISCHE
LEITLINIEN**

LANDESJUGENDRING NRW



2017

2022

**Junge Menschen sind politisch,
auch wenn erwachsene Entscheidungsträger_innen
ihre Ausdrucksformen nicht immer verstehen.**

**Junge Menschen sind betroffen,
und zwar von Entscheidungen in allen möglichen
Politikbereichen – und das auch noch besonders lange!**

**Junge Menschen haben Rechte,
junge Menschen müssen mitgedacht werden
und mitwirken können.**

Deswegen brauchen wir eine einmischende Jugendpolitik!

Die Vollversammlung des Landesjugendrings NRW hat anlässlich der aktuellen Legislatur der Landesregierung mit „Jugend ermöglichen – Zukunft denken“ jugendpolitische Leitlinien vorgelegt. Jugendverbände bringen als Selbstorganisationen junger Menschen nach ihrem Selbstverständnis und ihrem gesetzlichen Auftrag die Interessen junger Menschen zum Ausdruck.

Der Landesjugendring NRW setzt sich als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände auf Landesebene für eine einmischende Jugendpolitik ein.

Wir wollen ein #jungesnrw.

Übersicht der Jugendpolitischen Leitlinien des Landesjugendrings NRW Stand Oktober 2018

01	Jugend ermöglichen – Zukunft denken	5
02	Freiräume schaffen	9
03	Digitale Gerechtigkeit herstellen	12
04	Bildung jugendgerecht gestalten	15
05	NRW als Migrationsland stärken	20
	Impressum und Kontakt	25



JUGEND
ERMÖGLICHEN

ZUKUNFT
DENKEN

Junge Menschen stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Sie sollen ihren Platz in der Gesellschaft finden, dabei einen guten Schul-, Berufs- oder Studienabschluss machen und einen eigenen Beitrag zum Gelingen und für die Zukunft der demokratischen Gesellschaft leisten. Dabei werden sie häufig alleine gelassen und ihr sozioökonomischer Hintergrund, ihre eigenen Vorstellungen von einem guten Leben und ihre Träume werden zu wenig berücksichtigt.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht, der von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde, beschreibt umfassend und aktuell die Lebenslagen der 12- bis 27-Jährigen in Deutschland.

Dabei verdeutlicht er unter anderem, dass „die zur Verselbstständigung führenden Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung und die Selbstpositionierung im Sinne der Herausbildung eigener Vorstellungen und Werte sowie das Ausbalancieren sozialer Zugehörigkeiten als Aufgabe gesehen werden müssen, bei denen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Gesellschaft insgesamt – aber insbesondere von den sie begleitenden Institutionen – Unterstützung erhalten müssen.“ (Beschluss des Bundesrates 115/17). Der Bericht lenkt den Blick also neben der Kernherausforderung „Qualifizierung“ auch auf die Kernherausforderungen „Verselbstständigung“ und „Selbstpositionierung“, da das Gelingen noch nicht ausreichend im gesellschaftlichen Fokus stehe.

Als Jugendverbände, in denen junge Menschen sich selbst organisieren, wissen wir, wie wichtig es für eine menschliche und demokratische Gesellschaft ist, dass junge Menschen sich in Gruppen ausprobieren, Standpunkte entwickeln und Haltungen einüben können. Wir beobachten, dass der Schritt aus der Familie heraus in die (ökonomische) Selbstständigkeit nicht leicht ist. Ob ein junger Mensch die Möglichkeit zu einem guten Aufwachsen und einen zuversichtlichen Blick auf die Zukunft haben kann, hängt in Deutschland immer noch wesentlich vom sozioökonomischen Hintergrund ab. Um dem entgegenzuwirken, braucht es Ebenen übergreifend eine Jugendpolitik, die sich in alle Felder einmischt, die für junge Menschen relevant sind – von der Migrationspolitik bis zur Infrastruktur. Alle Politikfelder müssen die Belange junger Menschen beachten und ihnen in ihrem Handeln Rechnung tragen.

Besonders in diesen Zeiten, in denen der Ruf nach starken Persönlichkeiten und einfachen Lösungen in der Gesellschaft einen großen Widerhall findet, reicht es nicht aus, Demokratie auf Wahlen zu reduzieren – zumal von diesen viele junge Menschen aufgrund ihres Alters oder ihrer Nationalität ausgeschlossen sind. Demokratie ist vielmehr ein Prozess, der auf den unteilbaren Menschenrechten basieren muss. Dabei ist zu beachten, dass nicht alle die gleichen Ressourcen haben und Ausdrucksmöglichkeiten wählen. Insbesondere die Meinungsbildung und -äußerung Jugendlicher wird von Entscheidungsträger_innen häufig als unpolitisch missverstanden. Gleichzeitig verbringen junge Menschen viel Zeit ihres Lebens in Institutionen, in denen Demokratie kaum gelebt wird, sondern Disziplin und Leistung zählen.

AUS ALL DIESEN GRÜNDEN IST UND BLEIBT EINE ETABLIERUNG EINMISCHENDER JUGENDPOLITIK NÖTIG.

Der Landesjugendring NRW will erreichen, dass

das Wahlalter abgesenkt wird.

es ein Wahlrecht für alle Menschen gibt,
die in Deutschland dauerhaft leben.

die Institutionen des Aufwachsens
demokratisiert sind.

ein „Jugendcheck NRW“ eingeführt wird,
mit dem überprüft werden kann, ob das
Handeln von Politik und Verwaltung die Rechte
junger Menschen auf Teilhabe, Schutz und
Partizipation fördert.

die Landesregierung Regelungen und Maß-
nahmen, die junge Menschen nicht schützen,
sondern benachteiligen, abschafft und sich
hierfür auch auf Bundesebene einsetzt.

02

FREIRÄUME SCHAFFEN

Erwartungs- und Erfolgsdruck lastet auf jungen Menschen und erschwert es ihnen, eigene Wege auszuprobieren, Fehler zu machen, zu experimentieren und selbst zu gestalten. Dabei handelt es sich jedoch um wichtige Elemente der Persönlichkeitsentwicklung.

Auch der 15. Kinder- und Jugendbericht betont die Relevanz von Freiräumen, um u. a. die Kernherausforderungen der Selbstpositionierung angehen zu können.

Dabei verfügen insbesondere junge Menschen aus marginalisierten Milieus häufig über eine geringe örtliche und soziale Mobilität. Freiräume für junge Menschen zu ermöglichen bedeutet auch, Gettoisierung zu verhindern und jugendliche oder subkulturelle Ausdrucksformen politisch ernst zu nehmen. Für junge Menschen auf dem Land ist der Ausbau der Infrastruktur besonders relevant – nicht nur, aber auch, wenn sie sich in ihrer Freizeit engagieren möchten. Sich einzubringen – mit Gleichaltrigen, für ein Anliegen, das einem_einer wichtig ist, um etwas auszuprobieren oder um Gemeinschaft zu erleben – ist für viele junge Menschen von Bedeutung. Allerdings stoßen sie immer wieder an Grenzen, wenn Zeit, Ressourcen oder einfach die Anerkennung fehlen und der gesellschaftliche Druck, sich selbst zu optimieren und den Erwartungshaltungen gerecht zu werden, hoch ist.

**Der Landesjugendring
NRW will, zusammen mit
vielen Partner_innen im
Bündnis für Freiräume,
erreichen, dass**

junge Menschen mehr unverzweckte Zeit haben, über die sie selbst entscheiden können.

öffentlicher Raum zur Verfügung steht, aus dem junge Menschen nicht verdrängt werden, sondern den sie mitgestalten können.

eine mit auskömmlichen Ressourcen ausgestattete Jugendhilfe und Jugendhilfeplanung Freiräume vor Ort für junge Menschen ermöglicht.

Stadtentwicklungsplanung und die Entwicklung ländlicher Räume junge Menschen und ihre Bedarfe berücksichtigt.

ehrenamtliches Engagement in Schule, Ausbildung und Studium stärker berücksichtigt wird.

die Mobilität junger Menschen in NRW verbessert wird, z. B. durch die Einführung eines kostengünstigen, landesweit gültigen Tickets für Azubis.

03

DIGITALE GERECHTIGKEIT HERSTELLEN

Chancen und Risiken der Digitalisierung begegnen junge Menschen in nahezu all ihren Lebensbereichen – insbesondere auch auf dem sich veränderten Arbeitsmarkt, der digitale Kompetenzen erwartet und voraussetzt.

Kommunikation, Information und Freizeitgestaltung sind wie Bildung und Qualifizierung ohne Digitalisierung schon heute kaum und künftig gar nicht mehr vorstellbar. Dem tragen schulische und außerschulische Bildung bislang nur unzureichend Rechnung – insbesondere, wenn man bedenkt, wie unterschiedlich das Nutzungsverhalten sich entlang sozio-ökonomischer Milieus oder mit Blick auf die Geschlechter gestaltet. Der im internationalen Vergleich ohnehin schon schlechte Zugang ist insbesondere für junge Menschen im ländlichen Raum noch zusätzlich erschwert.

Das Internet ist ein wichtiger Ort der Meinungsbildung und politischen Teilhabe für junge Menschen. Sie betreiben und folgen Blogs und Vlogs, positionieren sich mit eigenen Beiträgen sowie Interaktionen mit Inhalten anderer. Politische Bildung muss soziale Netzwerke und Apps insofern ernst nehmen und junge Menschen bei der Einordnung von Informationsquellen unterstützen. Junge Menschen brauchen starke und informierte Verbündete, um der ungewollten Nutzung ihrer Daten, aber auch Cybermobbing oder Sexting entgegenzutreten zu können. Sie brauchen Ansprechpartner_innen, die sich für sie und ihre Themen interessieren und ihnen einen selbstbewussten und selbstbestimmten Umgang mit den immer wieder neuen Optionen ermöglichen.

Der Landesjugendring NRW will erreichen, dass

breitbandige, kabelgebundene und mobile Internetzugänge ausgebaut werden.

junge Menschen in allen Bildungsbereichen dazu befähigt werden, die vielfältigen Möglichkeiten des Netzes selbstbestimmt zu nutzen.

junge Menschen sich online an (auch im engeren Sinne) politischen Prozessen beteiligen können sowie in Debatten um ethische Fragen einbezogen werden.

junge Menschen das Recht auf vollständige Datensouveränität haben.

Werbung in allen Medien eindeutig gekennzeichnet wird und junge Menschen konsequent vor gefährdenden Inhalten geschützt werden.

die Gleichwertigkeit der Lernorte Ausbildungsbetrieb und Berufsschule vor dem Hintergrund der Digitalisierung erhalten bleibt. Hierzu bedarf es massiver Investitionen in die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur an den Berufsschulen, um neue Ausbildungsinhalte abbilden zu können.

0

4

BILDUNG
JUGEND-
GERECHT
GESTALTEN

Erziehung zur Mündigkeit ist (nicht nur) Ziel und Inhalt der Jugendverbandsarbeit.

Um den eigenen Standpunkt zu erkennen, um nicht nur zu funktionieren, sondern Gesellschaft auch zu hinterfragen und zu verändern, braucht es eine Bildung, die den gesellschaftlichen Hintergrund, vor dem sie agiert, nicht ausblendet.

Für den Landesjugendring NRW spielt auch die politische Bildung eine wichtige Rolle. Es ist selbstverständlich, dass politische Bildung thematisch nicht eingeengt wird. Jugendverbandsarbeit denkt dabei politische Bildung und handelndes Engagement als ganzheitlichen Ansatz zusammen.

Um als dritte Säule neben Schule und Familie an Stabilität zu gewinnen, braucht die Jugendarbeit verlässliche Ressourcen. Zugleich reflektiert sie sich selbst und entwickelt ihre Barrierefreiheit weiter. Grundwerte der Jugendverbandsarbeit wie Freiwilligkeit, Mitwirkung und Selbstorganisation sind wertvoll, damit ganzheitliche Bildung gelingt. Sie steht angesichts der sich verändernden formalen Bildungssysteme weiterhin vor der Herausforderung, als Bildungsakteur im Rahmen kommunaler Bildungslandschaften entsprechend ihren Qualitäten miteinbezogen zu werden.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht stellt der Ganztagschule ein durchwachsendes Zeugnis aus. Ihre Konzepte seien häufig noch nicht ausreichend partizipativ und altersadäquat. Auch beim Abbau von Bildungsbenachteiligung habe die Ganztagschule ihr Potenzial noch nicht ausgeschöpft. Insgesamt sei der Zusammenhang von sozio-ökonomischem Hintergrund und formalen Bildungskarrieren immer noch erschreckend stark.

BILDUNG DARF NICHT ALS PRIVILEG BESTIMMTER GRUPPEN AUFGEFASST WERDEN.

Kostenfreie Bildung muss allen jungen Menschen zustehen – natürlich auch jungen Menschen mit Behinderungen. Das Ziel einer inklusiven Bildung im engeren und weiteren Sinn darf nicht in den Hintergrund treten.

**DER LANDESJUGENDRING
NRW STELLT KLAR: FREIER
ZUGANG ZU BILDUNG
IST EINE NOTWENDIGE
BEDINGUNG EINER SOLI-
DARISCHEN GESELLSCHAFT.**

**DAZU GEHÖRT FÜR UNS
DIE LERNMITTELFREIHEIT,
ABER AUCH DER ABBAU
„UNSICHTBARER“
BARRIEREN.**

Der Landesjugendring NRW will erreichen, dass

alle jungen Menschen – unabhängig z. B. von Aufenthaltsstatus oder Bleibeperspektive – Zugang zu kostenfreier Bildung haben. Dazu gehören insbesondere die Lernmittelfreiheit und die Abschaffung bzw. Nichteinführung jeglicher Studiengebühren.

die Bildungsorte demokratisiert sind und die Jugend selbstvertretungen und -organisationen – von Schüler_innenvertretungen über Jugend- auszubildendenvertretungen bis hin zu kommunalen Jugendringen – gestärkt werden.

politische Bildung Priorität und politischen Rückhalt erhält und entsprechende Ressourcen geschaffen werden.

gemeinsame Konzepte zur partizipativen Gestaltung von Bildungslandschaften und -netzwerken erarbeitet werden. Dazu gehört, dass Kinder- und Jugendarbeit als gleichberechtigter Bildungsakteur anerkannt und ausgestattet wird.

rhythmisierte Unterricht umgesetzt wird, bei dem Freiräume und Beteiligung grundlegend sind.

05

NRW ALS MIGRATIONS-LAND STÄRKEN

Nordrhein-Westfalen ist und bleibt ein Migrationsland. Etwa ein Drittel aller schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen haben eine „Zuwanderungsgeschichte“.

Viel zu oft erleben viele dieser jungen Menschen Ausgrenzung, beispielsweise bei der Wohnungs- und Ausbildungsplatzsuche.

Während in einer globalisierten Welt internationale Erfahrungen, z. B. durch Austauschprogramme, zu Recht gefördert werden, werden bestimmte familiäre Migrationserfahrungen und multiple Muttersprachen als Stigma behandelt. Junge Menschen, die selbst oder deren Familien eine Zuwanderungsgeschichte haben, sehen sich mit strukturellem und konkretem Rassismus konfrontiert.

In besonderem Maße stoßen junge Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus oder „Bleibeperspektive“ auf existenzielle Hürden – so teilen sie immer noch das aufenthaltsrechtliche Schicksal ihrer Eltern statt andersherum. Ihre Unterkünfte sind selten kinder- oder jugendgerecht. Sind sie älter als 18 Jahre, werden die Barrieren zur Teilhabe noch höher. Ihnen wird viel früher eine Verselbstständigung abverlangt und ihr Zugang zu formaler Bildung wird erschwert.

Selbst wenn sie schon lange geduldet in Nordrhein-Westfalen leben, sind sie von der migrationsfeindlichen Stimmung im Land betroffen. Das gilt z.B. für Roma, die in „sichere Herkunftsstaaten“ mit ausgeprägtem Antiziganismus zurückkehren sollen.

**MENSCHENFEINDLICHE
UND -VERACHTENDE
STIMMUNG & POLITIK
SIND FÜR DEN LANDES-
JUGENDRING NRW
NICHT AKZEPTABEL.**

Der Landesjugendring NRW will erreichen, dass

für junge Menschen und ihre Familien dauerhaft ein Abschiebestopp gilt.

die Residenzpflicht endgültig abgeschafft wird.

NRW Migration zulässt und sich für offene Fluchtwege einsetzt.

die politisch Verantwortlichen die Einhaltung der UN-Kinderrechte im Umgang mit jungen Geflüchteten in allen Bereichen sicherstellen.

die Landesregierung sich im Bundesrat dafür einsetzt, dass das Jugendhilferecht weiterhin in Deutschland für alle jungen Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus – angewendet wird.

die Landesregierung u. a. gemeinsam mit dem Landesjugendring NRW konkrete Möglichkeiten erarbeitet, wie alle Kinder und Jugendlichen in NRW – unabhängig von ihrer Herkunft – die gleichen Entwicklungschancen erhalten.

Migrant_innenjugendselbstorganisationen als wichtige Ansprechpartner_innen und Träger der Jugendarbeit u. a. in der Arbeit mit jungen Geflüchteten anerkannt und gefördert werden.

HIERFÜR WIRD SICH DER
LANDESJUGENDRING
NRW IM SINNE JUNGER
MENSCHEN EINSETZEN,
DAMIT UNSERE GE-
SELLSCHAFT JUGEND
ERMÖGLICHT.

landes
jugendring
nrw

Herausgeber



Landesjugendring NRW e.V.
Sternstraße 9–11
40479 Düsseldorf

Telefon 0211 49 76 66-0

Telefax 0211 49 76 66-29

E-Mail info@ljr-nrw.de

www.ljr-nrw.de

facebook ljr.nrw

twitter ljr_nrw

instagram landesjugendring_nrw

Düsseldorf, Juli 2019

Gefördert vom

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



V.i.S.d.P

Gregor Gierlich

Redaktion

Sarah van Dawen-Agreiter

Jil-Madelaine Blume

Heike Kronenberg

Gestaltung

dreikauss.com

Druck

schmitz druck & medien

Auflage

2.000 Stück

*Diese Broschüre wurde auf
Recyclingpapier gedruckt. Produktion
und Versand erfolgten klimaneutral.*

Die jugendpolitischen Leitlinien
des Landesjugendrings NRW geben
Orientierung für die inhaltliche
Arbeit des Landesjugendrings NRW
in der aktuellen Legislaturperiode.

Mit der NRW-Landtagswahl 2022
werden die jugendpolitischen
Leitlinien angepasst.

